

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 214.

Dienstag, 16. September 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, durch unsrer Zeiger frei Haus oder bei Abschaltung am Posthalter vierstündlich 4.80 Mark, monatlich 1.60 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Bewährung für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Bildern wird nicht übernommen. Preis für die 48 km breite, 3 mm hohe Gründigkeitssäge (7 Silber) 40 Pf., Ortspreis 35 Pf.; zeitraubender und teuerbarischer Gas 50% Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgesühne 20 Pf. jede Karte. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Beitrag vorfällt, durch Post eingezogen werden muss oder der Abtraggeber in Konkurs gerät. Sitzungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierzeitige Unterhaltungsbüro, Träger an der Elbe. -- Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige irgendwelche Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegerin oder der Verleihungseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Das Wissenschafts-„Genickstarre“-Serum mit der Kontrollnummer 28 „dreiundzwanzig“ aus der Chemischen Fabrik C. Merck in Darmstadt ist wegen Abschwächung zur Eingabe bestimmt worden.

Dresden, am 9. September 1919.

Ministerium des Innern.

1581 IV M

10070

Nachdem die Bekanntmachung des Reichskommissars für Nahrungsversorgung über die Festlegung von Preisen für Süßwasserfische vom 7. Februar 1918 außer Kraft gesetzt worden ist, werden die mit Bekanntmachung vom 17. Mai 1918 für den Markt der Amtshauptmannschaft einschließlich der Stadt Großenhain festgelegten Höchstpreise für Süßwasserfische aufgehoben.

Großenhain, am 13. September 1919.

908 b V. Die Amtshauptmannschaft und der Stadtrat zu Großenhain.

Gemeindeeinkommensteuer in Gröba.

Die Bezahlung des 1. Termins Gemeindeeinkommensteuer 1919 wird hiermit in Erinnerung gebracht.

Gröba (Elbe), am 12. September 1919.

Der Gemeindevorstand.

Landesversammlung der sächsischen Mehrheitssozialisten.

In den Montagsverhandlungen stand die am Sonntag begonnene Debatte ihre Fortsetzung. Voigt-Elster-Chemnitz bemängelte die Gleichgültigkeit, die die Sozialdemokraten in ihren eigenen Versammlungen den Angriffen der Unabhängigen gegenüber an den Tag legten und trat für absolute Pressefreiheit ein. Werner beantragte er mit anderen Delegierten, dass die Landesversammlung der S. P. Sachsen als höchste Instanz von der U. S. P. Sachsen eine klare Antwort forderte, ob sie gewillt ist, unter Berücksichtigung ihrer Parteistärke und auf Grund des Erfurter Programms mit der S. P. Sachsen in eine Regierungsbildung einzutreten. Abg. Hellisch-Chemnitz befand sich als Gegner der Ausbildung der Volkskammer, weil ein Appell an das Volk Widerstand zu folgen haben würde. Das Zusammengehen mit den Unabhängigen nannte er ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Demokraten münnten in die Regierung aufgenommen werden, „obwohl er sie hasst und sie nicht die besten Freunde wären.“ Werner kritisierte er unter Widerdruck und Beifall der Anwesenden die gestrige Rede des Volkskammerpräsidenten Bräuer, der die Enjür „Leidenschaft“ gibt. Die gleiche Erste von Zustimmung und Widerdruck war dem Redner bei seinen Ausführungen über die letzten Chemnitzer Vorfälle beschieden, wobei er ein mutiges Vorgehen gegen rechts, aber nicht gegen links einholte und behauptete, dass der Chemnitzer Richtung die Zukunft gehöre. Ein Zusammensetzen mit den Demokraten heißt Dreyhauer-Pauen für einen großen taktischen Fehler. Den gleichen Standpunkt vertrat Albermann-Chemnitz, der aber gleichzeitig ein Bekenntnis zur Chemnitzer Richtung vortrug. Minister Uhlig verwart den Standpunkt, nochmals bei den Unabhängigen zu betonen, da für unsere notwendige Realpolitik nur die Demokraten in Frage kämen. Parteivorstand Weiß-Berlin wunderte sich über den verfeindlichen Zug an dem Parteitag. Wer Politik treiben wolle, der müsse die Mehrheiten bereinnehmen, wo sie sich ihm bieten. Auch bei einem Antritt an die Demokraten würden die sozialdemokratischen Ziele nicht aufzugeben. Für eine Neuwahl in der gegenwärtigen, für die Sozialdemokratie ungünstigen Zeit, könne er sich nicht erwärmen. Dazu sei das Frühjahr, wo alle Arbeiter Beschäftigung haben würden, bedeutend günstiger. Minister Schwarzkopf wendete sich hierauf gegen eine nochmalige Ausforberung an die Unabhängigen. Aber auch die Demokraten hätten unerhörte Forberungen gestellt. Männer wie Abg. Günther-Plauen und Rösler-Leipziger wöhnen überhaupt nicht, was sie wollten. Und Demokraten wie der Abg. Weiß-Glückert-Welsch seien Deutschnationale reinster Wassers. Auch beim Minister bat, wie seinen Darlegungen zu entnehmen war, die gestrige Rede Bräuers ebenfalls wie bei Hellisch keinen Anfang gefunden, dem in seiner Rede das Gefühl mit dem Verstande durchgegangen sei. Mit den Bräuerschen Gebäuengängen wäre es nicht möglich, in einer Volksversammlung zu Worte zu kommen. Unter Zustimmung der Versammlungen steht er eine Einigung mit dem Südblock der Unabhängigen nicht für möglich, wohl aber mit der unabhängigen Wählerlichkeit. Es werde zu wenig Agitation getrieben, deren Ziel ein Zusammenschluss aller Sozialdemokraten sein müsse. Nachdem noch Grenz-Leipzig für den Antrag des Landesvorstandes, der bekanntlich eine Einigung mit den Demokraten erstrebt und als erste Unterschrift den Namen Schumann trug, eingetreten war, suchte auch Sindermann noch einmal die Situation für diesen Antrag zu retten. Sein Bebauern sprach er darüber aus, dass von 7 Volkskammer-Abgeordneten (Castan, Graupe, Zwahr, Schleicher, Schenck, Wilke, Müller) inzwischen der folgende Antrag eingebracht worden war:

Die Landesversammlung der Sozialdemokratie Sachsen erklärt, dass die Bildung der Landesregierung nach parlamentarisch demokratischen Grundlagen zu erfolgen hat. Die Fraktion wird beantragt, nochmals zu diesem Zwecke mit den Parteien Übereinstimmung zu nehmen. Nehmen es die Unabhängigen nach wie vor ab, auf dem Boden des demokratischen Sozialismus mit uns zu arbeiten, so ist eine Regierungsbildung mit dieser Partei unmöglich. Ist eine Regierungsbildung mit den bürgerlichen Demokraten nur möglich unter Verleugnung unserer demokratisch-sozialistischen Wirtschaftsgrundätze, so ist an die Entscheidung des Landes zu appellieren.

Für die Erhaltung eines rein sozialdemokratischen Ministeriums trat Minister-Chemnitz ein und verwari so, wodurch einen Antritt an die Unabhängigen als auch an die

Demokraten. Schumann wusch sich rein von dem Verdacht, dass seine Neigung zu den Demokraten vom Hah gegen die Unabhängigen diktiert sei. Im weiteren Verlaufe der Debatte, die gegen 4 Uhr nachmittags auf Antrag geschlossen wurde, betonte Abg. Castan bei Begründung seines Antrages ausdrücklich, dass dieser vor allem einem bedingungslosen Antritt an die Demokraten vorbehalten wolle. Mit dem Schlusswort legte sich Abg. Sindermann immer noch einmal begeistert und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für den Antrag Schumann ins Werk, wobei er selbst persönliche Angriffe gegen den Abg. Castan nicht scheute und mit allem Nachdruck betonte, dass wir vor einer furchtbaren Katastrophe ständen und um die Verantwortung nicht allein zu übernehmen, die Demokraten mit hineingezogen werden müssten. Die Ausführungen des Abg. Castan in Chemnitz, der dem Antragsteller Schumann entgegenstand, weil dessen Antrag bedingungslosen Eintritt in die Regierung fordert, bewies Schumann darin, dass er seinem Antrage den Zusatz anfügte: „falls sie bereit sind, im Sinne des Regierungsprogramms vom 20. März mitzuwirken.“ Die Abstimmung über den Antrag Schumann, der in unserem Bericht über die Sonntagsöffnung enthalten ist, ergab mit der gebrachten Erweiterung dessen Ablehnung mit 52 gegen 48 Stimmen. Dagegen stand der obige Antrag Castan mit 59 gegen 24 Stimmen zu seinem. Damit hatte sich eine Reihe weiterer Anträge erledigt. Der Antrag auf sofortige Ausdehnung des Belagerungszustandes wurde abgelehnt, da gegen ein Antrag auf Verhinderung von Doppelmandaten angenommen.

Mit der Besprechung von Organisationsänderungen, durch die namentlich eine engere Führung mit den Ortsgruppen und der Parteileitung herbeigeführt werden soll, standen die gestrigen Verhandlungen ihren Abschluss, die auch noch am heutigen Dienstag, wie eigentlich nicht vorgesehen war, fortgesetzt werden.

Dem in vorstehendem Bericht über die Erledigung der Anträge bereits Gesagten sei noch folgendes nachzutragen: Der Antrag Schwarzenberg auf sofortige Auflösung des Belagerungszustandes sowie Beseitigung der Schuhhaft politisch Verdächtiger wurde abgelehnt, ebenso ein Antrag Riesa, die Volkskammerfraktion zu beauftragen, dass der über ganz Sachsen verhängte Belagerungszustand sofort aufgehoben wird. Ein Antrag Gröba, eine Zentralstelle einzurichten, die die Wirkungen der Regierungsvorordnungen in der Bevölkerung beobachtet und Material für alle Maßnahmen der Regierung sammelt, wurde angenommen. Ein Antrag Niederröderndorf, den scharfen Ton der sozialdemokratischen Presse gegen die Unabhängigen und Kommunisten zu untersuchen, wurde abgelehnt, ebenso zwei Anträge Bayen, die Parteipresse zu dezentralisieren durch Errichtung von Lokalblättern und den Landesvorstand zu beauftragen, bei den zuständigen Stellen dabin zu wirken, als Entschuldigungsgrund für Nichtausübung eines Mandats nur Erkrankung gelten zu lassen und die Häusung von Kämpfern und Mandaten zu untersagen. Angenommen wurde ein Antrag Meihen, mehr als bisher Flugblätter politischen Inhalts herauszugeben und Doppelmandate für die Zukunft zu verhindern.

Die Leipz. R. R. sehen in der Annahme des Antrages Castan einen Sieg der sogen. Novembersozialisten über die alten Praktiken der Partei. Das Blatt schreibt: „Man hat dabei die Beobachtung machen können, dass die Mitglieder der Partei, die bereits über eine längere politische Erfahrung verfügen, oder die als Minister tätig waren, dass die politische Praxis ein Mosaikbild von Kompromissen zu sein pflegt, für ein Zusammensetzen mit dem Bürgerium eingetragen sind, wie auch sogar Wirtschaftsminister Schwartz erklärt, wenn man nach demokratischen Grundzügen verfahren wolle, so müsste man eigentlich nach dem Verhältnis aller Parteien zur Regierungsbildung heranziehen, während der jüngste Nachdruck der Partei, und ganz besonders die Mitglieder der Partei, die erst seit Beginn der Revolution und mit dem Fall des Kaisers auf die Autorität der früheren Regierung die Möglichkeit gefunden haben, sich offen zu sozialistischen Grundzügen zu befreien und sich der Partei anzuschließen, eine radikale Auffassung zum Ausdruck gebracht und die Forderung einer Heranziehung der U. S. P. verlochten haben.“ Am Schluss seiner Ausführungen sagt das Blatt: „Ist einerseits zu hoffen, dass sie (die Novembersozialisten), die die Fehler und Fehlentwicklungen des alten Systems erkannt, durchsetzt und mit sich durchgerungen haben, die Partei verhindern werden, in diese selben Fehler einer regierenden und ihres Bestes sicherer Richtung verfallen wird, so ist auch zu erwarten, dass sie die Grenzlinie gegenüber dem Kapi-

Gemeinde-Sparkasse Gröba.

Zägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Einlagebücher gebührenfrei.

Kontrollmarken unentgeltlich.

Vermietung von Panzerschrauf-Schlüsselkästen.

Unentgeltliche Aufbewahrung von Wertpapieren (Kriegsanleihen).

Gemeindeverbands-Girokasse. Kostenlose Geldüberweisungen.

Verzinsung der Einlagen auf Girokontos nach Vereinbarung.

Gassenkunden: Jeden Werktag von 8—1 Uhr vormittags.

Landesversammlung und dem staatsverneinenden Kommunismus nicht verwischen lassen werden. Das freilich erst, nachdem sie selber die Kinderkraut eines jeden Kontrahenten, die Reizung zu einem eisernen Radikalismus, in sich überwunden haben. Auf solche Tendenzen wird es im Grunde genommen zurückzuführen sein, dass die Landesversammlung in Dresden doch noch eine Entscheidung angenommen hat, die die Partei auffordert, es noch einmal mit Verhandlungen mit den Unabhängigen wegen ihres Eintritts in die Regierung zu versuchen, und dass man die verständigen Mahnungen erfahrener Politiker wie Grubert, Sindermann und Uhlig überhört hat.“

Die „Dresden Nachrichten“ warnen zunächst davor, „dass das Bürgertum sich auf die Dauer die missachtende Behandlung als Magd des Sozialismus gefallen lässt“ und suchen sodann des näheren darzutun, „dass die Berachtung des Bürgertums im Grunde doch das eigentliche Leitmotiv der ganzen sozialistischen Auseinandersetzung bildet und die rechtssozialistische Regierung nach Verleumdung mit den Unabhängigen das staatliche Ideal des Sozialismus darstellt“. Weiter heißt es: „Man läuft sich widerwillig die bürgerliche Hölle gefallen, weil man ohne sie aus dem Chaos nicht herauskommen kann, fühlt sich aber im Herzen immer zu den Unabhängigen hingezogen.“ Die Wehrheitssozialdemokratie muss den moralischen Mut aufbringen, sich von den Unabhängigen förmlich loszulösen, sofern diese nicht aus eigener Initiative unter Preisgabe ihrer revolutionären Überzeugungsfähigkeiten den Antritt nach der mehrheitssozialistischen Seite vollziehen, und sich mit den bürgerlichen Parteien auf einer mittleren Linie positiver Schaffenstätigkeit in ehrlicher Nachbarschaft zusammenfinden. Das ist der einzige Weg zu unserer nationalen Gesundung. Wicht man an den hier dargelegten Grundsätzen die Stellung, welche die Dresdner Landesversammlung bei der Abstimmung an der Frage der Neubildung der Regierung eingenommen hat, so läuft sich leider nicht behaupten, dass die Aussichten auf ein vertrauensvolles Zusammenspielen zwischen Wehrheitssozialdemokratie und Bürgertum gestiegen seien. Den Kern der Sache bildet auch hier wieder das würdevolle Unvermögen der Unabhängigen, die auf solche Weise fühllich in ihrem Machtdilett bestärkt werden, obwohl ihr tatsächlicher Anhang im Volle nur sehr gering ist. Kommt es im weiteren Verlauf der Dinge zu Neuwahlen in Sachsen, so hat das Bürgertum allen Grund, mit ruhiger Überzeugung in den Wahlkampf einzutreten.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Die Brotgetreideableitung. Dem „Brotgetreide“ wird aus Elberfeld gemeldet: Wie von zuständiger Seite verlautet, gibt der augenblickliche Stand der Brotgetreideableitung zu den schwersten Befürchtungen Unrecht. Die tägliche Durchschnittsableitung erreicht kaum ein Schekel derjenigen des vorjährigen Jahres. Zum Teil ist dieser Mangel eine Folge der verpateten Hornerte. Andererseits dürfte er auch mit den hohen, den Landwirten aus der Hornerte erwachsenden Preisen im Zusammenhang stehen, die ihre ganze Tätigkeit daher dem Ausdruck des Hasses zuwenden. Infolgedessen tritt die Krise des Brotgetreides natürlich zurück. Auf diese Weise vermindern sich die schwachen Verstände des Landesgetreideamtes, so dass der völlige Zusammenbruch der Brotgetreideversorgung, wenn es nicht gelingt, die tägliche Brotgetreideableitung auf täglich wenigstens 20- bis 30.000 Tonnen zu erhöhen, bevorsteht.

Im Münchener Geisel-Wordprozess beantragte der Staatsanwalt nach längeren Ausführungen jüngstes Urteil: Die Todesstrafe gegen die Angeklagten Fritz Seidl, Johann Blas, Schidelboer, Joepu Seidl, Heimann, Werner, Puerzel, Frehner, Hammes und Kitzbäumer; 15 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Biell; 10 Jahre Zuchthaus gegen den Angeklagten Kiel, Voigt, Huber und Schmitz und Freispruch für den Angeklagten Petermeier.

Die Danziger Frage. Da auf die Note der deutschen Regierung an die Entente vom 18. August, in der um Auskunft über das Schicksal des fünfzig Freikorates Danziger gebeten wurde, bisher eine Antwort noch nicht erfolgt ist, hat, wie die „Börsen Zeitung“ erzählt, Deutschland nunmehr eine Wohnung nach Bernau abgeben lassen.

Die vormalige deutsche Kronprinzessin bleibt nicht in Holland, sondern hat die Rückreise nach Deutschland angetreten.

Nur eben in Waldenburg. Am Sonnabend ist es in Waldenburg zu Plünderungen verschiedener Geschäfte

wurde. Es wurde ein Schutz auf die Wände im Rathaus ausgeschaut. Bei einem Aufstand der Sicherheitsmannschaften wurde eine Person getötet, vier wurden schwer verletzt.

Austausch Machtobs und Mandats. Die deutsche Regierung hat sich der russischen Regierung gegenüber bewusst erklärt, Machtobs gegen die russischen als ungenommenen deutschen Beziehungen auszutauschen. Es ist bestätigt, dass Austausch Machtobs mit dem gleichfalls geplanten Austausch Mandats zu verbünden und an der österreichischen Front durchzuführen.

Umwissen den Regierungen des Reiches und Preußens sind Wiederaufbereitungen über die Ausgangsbewirtschaftung der Lebensmittel ausgebrochen.

Der Bildervertrag revidiert. Kultusminister Goettscz hat seinen Bildervertrag revidiert und angeordnet, doch nur die Bilder des letzten deutschen Kaisers und Kronprinzen aus den Schulen zu entfernen seien.

Die bayerische Landesbildungsgesetz. Es wird durch das Landwirtschaftsministerium mit einem Vorstudie aus alle landwirtschaftlichen Annothen und Grundstücke von mehr als einem Hektar ausgestattet. Das Landesbildungsgesetz bestimmte bekanntlich als Grenze 25 Hektar.

Die Beendigung des Kriegszustandes mit Frankreich soll nach Klärermeldungen für Anfang Oktober zu erwarten sein. Die Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich werde wahrscheinlich am 27. September erfolgen.

Internationaler Luftpostdienst. Es haben im neutralen Ausland Besprechungen zwischen den Vertretern deutscher und ausländischer Staaten über die Aufnahme des internationalen Luftpostdienstes stattgefunden, die hoffen lassen, dass in absehbarer Zeit die deutsche Luftpost in den internationalen Dienst eingegliedert wird. Während mit den ständignden Ländern zur Zeit noch Verhandlungen schwelen, sind die Verhandlungen mit Dänemark sowie gebrochen, das in etwa 14 Tagen der regelmäßige Postdienst mit Spanien beginnen kann. Der bayerische Postminister war vor einigen Tagen in Berlin und besichtigte die bereits geschafften Einrichtungen. Für die Aufnahme des regelmäßigen Postverkehrs sind natürlich noch zahlreiche Fragen zu erledigen.

Lithauenskatei.

Die deutschen Schulen in Böhmen. Den Blättern zufolge wurden die ersten Klassen der deutschen Gymnasien in Arnau, Budweis, Jihlava, Landskron und Weiden geöffnet. Ferner wurde die deutsche Lehrerbildungsanstalt in Olmütz ausgebaut. In ihrer Stelle wird eine tschechische Anstalt errichtet. Der Böhmen aufzugeben ist unter der Böhmerde deutschen Bevölkerung ungeheure Aufregung, weil für sämtliche acht deutschen Schulen mit 45 Klassen ein einziges Schulgebäude mit 10 kleinen Klassenzimmern bestimmt ist. Auf deutsche Geschäftsläden und durch ihre Anstellung abhängige Deutsche wird ein Druck ausgeübt, damit sie ihre Kinder in die tschechischen Schulen schicken. Trotzdem verblieben 1900 Kinder für die deutschen Volkss. und Bürger-Schulen.

Türkei.

Kein amerikanisches Mandat. Der Londoner Korrespondent des "Echo de Paris" will aus ermächtigter Quelle vernommen haben, dass Wilson der britischen Regierung mitteilte, dass die Vereinigten Staaten nicht im entfernten ein Mandat über die europäische oder über die asiatische Türkei anzunehmen nedenken.

Balkan.

Überall Unzufriedenheit. Havas-Meuter meldet aus Brüssel, dass der Nationalkongress der Kriegsteilnehmer eine Großeckung veranstaltet, in der mehr als 120000 demobilisierte Soldaten teilnehmen. In der Versammlung, in der 150 Redner sprachen, wurde wegen der schlechten Wirtschaftslage der entlassenen und verfüllmten Soldaten sowie der Kriegerwitwen und -Waisen eine beschleunigte Zahlung der Erbschafts- und Pensionsansprüche und ein Gesetz gefordert, das den Unternehmer zwinge, Kriegsteilnehmer zu beschäftigen.

Frankreich.

Bei den deutschen Gefangenen in Frankreich. Major Draudt, der dieser Tage in der Lage war, die englischen Kriegsgefangenenlager bei Boulogne sur Mer zu besuchen, hat gestern unter Führung eines französischen Oberstabsrats in der Gegend von Compiegne auch zwei französische Gefangenkompanien im Wiederaufbau betreut. Der Eindruck, den Major Draudt empfand, war bestreitig, da die Kriegsgefangenen allgemein gut aussehen und ernährten, sie seien ausreichend ernährt. Die Unterkunft ist den primitiven Bedingungen im zerstörten Gedächtnis entsprechend. Es konnte erfreulicherweise in einigen Fällen ein rein menschliches Verhältnis der Kriegsgefangenen zu den französischen Bevölkerung hergestellt werden. Die Bekleidung der Kriegsgefangenen ließ manches zu wünschen übrig. Ihr festgestellte Mängel an Unterkleidung wurde französischerseits Abhilfe zugestanden. Auch bei den vorgestern befindlichen Gefangenen konnte ein lebhafte Interesse für die innerpolitischen Verhältnisse und der erste Welt zum Mitwirken am Wiederaufbau des Vaterlandes festgestellt werden. Die heile Stimmung war ganz beherrschend vor der einen Frage: wann kommen wir nach Hause?

Der sozialistische Kongress. Die Revolutionärscommission hat dem außerordentlichen nationalen sozialistischen Kongress folgende Tagessordnung vorgeschlagen: Der nationale sozialistische Kongress, dem von verschiedenen Föderationen Befehl über die Haltung von 11 sozialistischen Deputierten, die 2 Mal die von der bürgerlichen Regierung verlangten Kredite bewilligt haben, erhalten hat, erwartet daran, dass die Beweigerung der Kredite die Grundlage der sozialistischen Einheit bilden müsse. Die sozialistische Gruppe im Parlament müsse der Regierung alle Mittel verweigern, die die bürgerliche Herrschaft und ihre Existenz in der Stadt höher hält. Sie müsse infolgedessen die militärischen Kredite, die Kredite für koloniale Erwerbungen, sowie das gesamte Budget ablehnen. Die 11 Deputierten der Partei, die trotz dieser Bestimmung Kredite bewilligt haben, haben sich deshalb in schwerster Weise gegen die Parteiflügel gewandt und der Kongress fordert sie deshalb. Der Kongress erklärt, dass der Friedensvertrag durch die sozialistischen Erwählten ratifiziert werden dürfe. Der Kongress gibt außerdem dem Verwaltungsrat den Auftrag, ein Manifest an die Arbeitnehmer Frankreichs auszuarbeiten, damit die notwendige Einigkeit erreicht werde. Die Resolution wurde mit 147 Stimmen angenommen. 400 Kongressmitglieder stimmten für eine Tagessordnung, die den Abschluss der Abgeordneten, die die letzten Kriegskredite bewilligt haben, verlangt. Der Kongress beschäftigte sich auch mit einem Antrage der unabkömmligen deutschen Sozialdemokraten, der eine Zusammenfassung verlangt, um Erhebungen über die Ereignisse in Maßland anzukämpfen. Auf Antrag von Rennedel wird dieses Verlangen dem Verwaltungsrat aufdrängt. Damit waren die Arbeiten des Kongresses beendet, und er wurde verlegt.

Die französischen Differenzen. "Echo de Paris" und "Journal" sprechen sich über die juristischen Differenzen zwischen England und Frankreich und ihre Beilegung ein, denen offenbar Alfred Georges Nelly galt, da auch der König von Sachsen am Dienstag in Paris eintreffen soll. England hat Frankreich gegenüber Verpflichtungen, die sie auf den im

Jahr 1916 abgeschlossenen Vertrag aufzuhalten. England hat jedoch mit dem Abschluss von Ghent im Oktober 1915 ebenfalls einen Vertrag abgeschlossen, von dem Frankreich erst im Februar 1919 Kenntnis erhalten hat. England wollte ein französisches Protektorat über Marokko in Afrika nur so weit anerkennen, als dadurch König Oussama und Prinz Pejali, denen England die Abhängigkeit Marokkos mit Annahme eines kleinen Staates an der Küste versprochen habe, nicht berührt würden. Die Smitate in Afrika müssen unter französisches Protektorat kommen.

Gengen.

Der Wahltag Henderson. Der Londoner Korrespondent des "Telegraph" meint anlässlich des Wahltags Henderson in Wien, der Sieg sei um so bemerkenswerter, als der Wahlkreis seit 1886 immer in konserватiven Händen gewesen ist. Die Konservatischen haben seit Dezember 1908 Stimmen verloren. Die Katholiken der Arbeiterpartei für die bevorstehenden allgemeinen Wahlen bestreiten der Korrespondent als ausgeschlossen. "Evening Standard" berichtet: "Henderson werde es als seine Aufgabe betrachten, eine Arbeiterregierung zu bilden. Dieser Plan habe die Niede, die er am 11. d. M. im Gewerkschaftskongress hielt, bestätigt."

Hessen.

Hessen und China unterhandeln. Die japanische Regierung ist einer Meldung aus London zufolge, bereit, mit China Unterhandlungen über die sofortige Rücknahme von Schantung anzutreten, sobald China das Friedensabkommen unterzeichnet hat.

Perlen.

Die Bewegung gegen das Abkommen mit England. Nach Meldungen aus Teheran hat sich die Bewegung gegen das persisch-englische Abkommen derart verstärkt, dass man Unruhen befürchtet. Etwa 20 politische Verbündete wurden nach Teheran deportiert.

Amerika.

Verstärkung der Gegenseite. Der ehemalige Chef des Propagandabüros bei der amerikanischen Delegation in Paris Bullock erklärte, dass Lansing ihm gegenüber im Mai dieses Jahres noch gegen den Frieden von Versailles und das Projekt des Völkerbundes ausgesprochen habe. Wenn das amerikanische Volk einmal die Größe des Friedens von Versailles eracht habe, würde es ihn entschieden ablehnen. Die Entschlüsse Bullocks haben den Friedensvertrag in Amerika den stärksten Stoß verliehen. Die Agentur Radio meldet, Lansing wolle demissionieren, da die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und Wilson unlösbar seien.

Südafrika.

Nicht unterschreiben, sondern ratifizieren. Das Reiterbüro meldet aus Kapstadt, dass General Smuts in der Debatte, die der Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland im Parlament vorausging, erklärte, er ersuche das Parlament nicht darum, den Friedensvertrag zu ratifizieren, sondern zu ratifizieren. Er wies daraufhin, dass den Deutschen zugesetzt worden sei, dass sie, wenn einige der Bestimmungen des Vertrages sich als unbedeutbar erwiesen, im Völkerbund das Mittel hätten, um gemäßigtere Bedingungen zu erlangen.

Örtliches und Sächsisches.

Miesa, den 16. September 1919.

*** Elternversammlung.** In der vorigen Sonnabend nachm. 5 Uhr in die Aula der Oberrealchule einberufenen Elternversammlung trug Herr Direktor Dr. Streit zunächst die Sitzungen des Elternrates vor, über dessen Errichtung an unserer Oberrealchule an dieser Stelle bereits Mitteilung gemacht worden ist. Der Elternrat setzt sich zusammen aus dem 1. Vorsitzenden der Schulkommission, dem Direktor und zwei Dehnern der Antikat., dem Schulzust. und je einem Vertreter der Eltern für jede Klassenstufe; davon können die Hälfte Frauen sein. Aufgabe des Elternrates ist es, die Verbindung zwischen Elternhaus und Schule herzustellen. Der Vertreter der Elternschule sollen Gelegenheit haben, Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulachts und die körperliche, geistige und kritische Ausbildung der Jugend beziehen, in mündlicher Aussprache zur Kenntnis der Schule zu bringen. Der Elternrat ist aber lediglich beratende Stelle. Gewählt werden die Vertreter der Eltern in einer fürs nach Beginn jedes Schuljahrs vom Schulleiter einberufenen Versammlung aller Eltern der die Schule besuchenden Schüler und Schülerinnen in geheimer Abstimmung; zu gleicher Zeitpunkt werden auch aus ihrem Kollegium die Vertreter der Lehrerschaft gewählt. Die Geschäftsführung des Elternrats besorgt ein Vorsitzender, d. i. der Schulleiter, und ein von den Mitgliedern des Elternrats aus ihrer Mitte gewählter Schriftführer. Daraus gab Herr Dr. Streit einen lebhaften Überblick über die Berechtigungen der sächsischen Oberrealchule. Bekanntlich berechtigt das Meisterzeugnis einer Oberrealchule zu allen Studien und zur Zulassung zu allen Prüfungen an den Technischen Hochschulen in Dresden, Berg- und Forstakademie, der Tierärztlichen Hochschule, der Handelsakademie, für das Studium an der Universität und zur Zulassung zu den betr. Staatsprüfungen sind für Oberrealchulabiturienten gewisse Voraussetzungen gemacht, die sich an genossenen Lateinunterricht knüpfen. Dieser mangelt bekanntlich der Oberrealchule, doch ist Vorsorge getroffen, dass in den drei obersten Klassen in je zwei Wochenstunden Lateinunterricht genommen werden kann, in welchem als Abschluss das Ziel erreicht wird, dass der Realgymnasialist bei der Bezeichnung von Unterrichtsform nach Oberrealchule im Lateinischen erreicht. Das Zeugnis des Musters über den genossenen, von dem genannten Erfolg begleiteten Lateinunterricht ist bei Bezugnahme von den Studierenden der Medizin bei Meldung zur Zulassung zur ärztlichen Prüfung und von denjenigen Abiturienten der Oberrealchule, die zur Apostolischen Akademie zugelassen zu werden wünschen. Bei der Immatrikulation steht wird in diesen Fällen ebensoviel wie bei denen, die sich als Studierende der neueren Sprachen einschreiben lassen. Auch diese haben während der Universitätsstudien ein Zeugnis vorgelegen, das sie im Lateinischen das Zeugnis der Unterrichtsform eines Realgymnasiums erarbeitet haben. Zum Studium der Rechte werden, wie die Realgymnasialabiturienten, auch die Inhaber eines Meisterzeugnisses der Oberrealchule ohne weiteres zugelassen. Letztere bleiben freitlich von der Bezeichnung eines Realgymnasiums ab, was das lateinische Studium der Rechte bestimmt. Das Gesetz stellt es dem Gemessen der Beteiligung an den Unterrichtsformen gleich, die die am meisten geeignete Künftig zur Fortbildung für das juristische Studium bereitstellen. Ist doch wohl auch die Ansicht, meint der Vortragende, nicht von der Hand zu weisen, dass ein Wehr von naturwissenschaftlichen Kenntnissen, wie es der Oberrealchulabiturient mitbringt, für den künftigen Richter oder Anwalt, den Wangel einer wichtigen Kenntnis der lateinischen Sprache auszugleichen imstande ist. Einige für das Studium der Theologie dient die Oberrealchule nicht die benötigte Fortbildung sein. Die Abiturienten dieser müssten sich vor der Immatrikulation als Studenten der Theologie durch Prüfung im Latein und Griechisch an einem Gymnasium abstimmen und zwar 6 Semester vor der Amtsbefähigung. Das Meisterzeugnis einer Oberrealchule berechtigt aber jenseits noch zur Ausbildung und Prüfung für den höheren theologischen

Studienkant und Eintritt in den höheren Past. und Theologienorden. Im dritten Teil seines Vortrags behandelt Herr Direktor Dr. Streit eine Anzahl wichtiger sozialer und erzieherischer Fragen. Er bat die Eltern der jüngeren Schüler um Kontrolle der Aufgabenblätter, um gelegentliche Mängel beim Auftreten von Schularbeiten. Die Eltern bringen mit Vertrauen der Schule einzugehen, in den Schülern aber müsse das Verantwortungsgefühl immer mehr gestärkt werden, was durch Bewährung einer gewissen Selbstverwaltung in Dingen der äußerlichen Ordnung mit erreicht sei. Nach einflößiger Dauer schloss der Herr Vorsitzende die erste Elternversammlung an unserer Oberrealchule; im Hinblick auf die Bedeutung einer solchen Versammlung wäre ihr ein noch größerer Zusammenschluss gewesen.

*** Vortragsabend.** In dem gestern abend vom Gewerbeverein im Hotel Wettiner Hof abgehaltenen Vortragsabend sprach Privatgelehrter Dr. Görler aus Dresden über "Sozialisierung und Kommunalisierung" etwa folgendes aus: Reichsverfassung und Sozialisierungsgesetz nehmen für eine Reihe von Erwerbsvermögen die Verstaatlichung in Aussicht. Die Uebernahme wirtschaftlicher Unternehmungen auf Staat oder Gemeinde erscheint sowohl geboten, als der Umfang an Betriebsmitteln und Geldbedarf auch über geistiges und körperliches Kräfte der Ertrag regelmäßig hinter dem jeweiligen gleichartigen Privatbetriebe zurück. Beim Bergbau erwies sich die bisherige Teilung zwischen Staat und Industrie insofern höchst ungünstig, als z. B. das rheinisch-westfälische Koblenzindustrie nach technischer Vollkommenheit, aber preußische Staat nach der Bekämpfung sozialpolitischer Unzulänglichkeit streite. Schon hier tritt infolge des Erlasses faulmännisch durch die amtlichen Organisationen gleichartiger Betriebe zurück. Beim Bergbau erwies sich die bisherige Teilung zwischen Staat und Industrie insofern höchst ungünstig, als z. B. das rheinisch-westfälische Koblenzindustrie nach technischer Vollkommenheit, aber preußische Staat nach der Bekämpfung sozialpolitischer Unzulänglichkeit streite. Schon hier tritt infolge des Erlasses faulmännisch durch die amtlichen Organisationen gleichartiger Betriebe zurück. Beim Bergbau erwies sich die bisherige Teilung zwischen Staat und Industrie insofern höchst ungünstig, als z. B. das rheinisch-westfälische Koblenzindustrie nach technischer Vollkommenheit, aber preußische Staat nach der Bekämpfung sozialpolitischer Unzulänglichkeit streite. Schon hier tritt infolge des Erlasses faulmännisch durch die amtlichen Organisationen gleichartiger Betriebe zurück.

*** Vortragsabend.** In dem gestern abend vom Gewerbeverein im Hotel Wettiner Hof abgehaltenen Vortragsabend sprach Privatgelehrter Dr. Görler aus Dresden über "Sozialisierung und Kommunalisierung" etwa folgendes aus: Reichsverfassung und Sozialisierungsgesetz nehmen für eine Reihe von Erwerbsvermögen die Verstaatlichung in Aussicht. Die Uebernahme wirtschaftlicher Unternehmungen auf Staat oder Gemeinde erscheint sowohl geboten, als der Umfang an Betriebsmitteln und Geldbedarf auch über geistiges und körperliches Kräfte der Ertrag regelmäßig hinter dem jeweiligen gleichartigen Privatbetriebe zurück. Beim Bergbau erwies sich die bisherige Teilung zwischen Staat und Industrie insofern höchst ungünstig, als z. B. das rheinisch-westfälische Koblenzindustrie nach technischer Vollkommenheit, aber preußische Staat nach der Bekämpfung sozialpolitischer Unzulänglichkeit streite. Schon hier tritt infolge des Erlasses faulmännisch durch die amtlichen Organisationen gleichartiger Betriebe zurück.

*** Die Vereidigung der Reichsmehrtruppen.** Die Vereidigung der sächsischen Verbündeten, die voraussichtlich für vergangene Woche in Aussicht genommen war, dürfte wie von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, erst mit dem Eintritt des neuen sächsischen Reichswehrkommandeurs, General Mölder, erfolgen. Offiziere und Mannschaften sollen zu gleicher Zeit vereidigt werden.

*** Tagung des Sächsischen Eisenbahnerverbandes.** Am gestrigen zweiten Verhandlungstage nahm die Versammlung ein Referat entgegen über die Stellung der Deutschen Beamtenchaft, das besonders die Unterschiede zwischen Berufs- und Volksbeamten erörterte. Dabei wurde vom Referenten die Beibehaltung des Berufsbeamten warm befürwortet. Ferner wurden verschiedene Saubereiänderungen und einige Anträge dienstlicher Natur erledigt, sowie Nachbereitstellungen und der Abschluss eines Tarifvertrages mit der Eisenbahnbewaltung gefordert. Nach einem weiter angenommenen Antrage stellte sich der Verband auf den Boden des Streitrechts der Eisenbahnen, da mit der Beibehaltung des Koalitionsrechts von Staatsbeamten und Arbeitern auch den Eisenbahnen den Streitrecht gegeben ist, das aber, in Anbetracht der harten Friedensbedingungen unserer Feinde und der damit geschaffenen wirtschaftlichen Lage nur als allerletztes Mittel zu betrachten wäre.

*** Einschränkungen im Autoverkehr.** Wie die "B. B." erklärt, werden die steigende Not in Bengia und verwandten Betriebsstoffen und die Gefahr, dass wie etwa im Dezember vor einer Erschöpfung dieser Mittel stehen werden, radikale Maßnahmen der Regierung veranlassen. U. a. schweben Ermäßigungen darüber, den gesamten Autoverkehr im ganzen Reich in der Zeit zwischen 12 Uhr mittags und 6 Uhr morgens sowie während des ganzen Sonntags zu verbieten. Für die Berste und ähnliche Kategorien werden voraussichtlich die notwendigen Ausnahmen zugelassen werden.

*** Personalien vom Postamt.** Die beim höchsten Postamt beschäftigten Postbeamten Vergmann und Walpert sind nach bestandener Prüfung zu Postassistenten ernannt worden.

*** Verhöhung im Vornauer Braunkohlenrevier.** Aus Vornau wird berichtet: Nach einem ungefähr drei Wochen dauernden Streit, der sich angeblich in der Hauptstraße gegen den Direktor des Werkes richtete, jedoch von bekannten Hesern als Anlaß zur Verhöhung eines alten Angeklagten im Vornauer Revier hervorgerufen wurde, sind am gestrigen Montag die Vergeleute der Grube "Belohnung" Kaupenhahn wieder eingefahren. Durch gegenständige Einschlägen von freitenden Arbeitern erfolgten nichts. Wie dem "Vornauer Tageblatt" aus Bergarbeiterkreisen geschrieben wird, bekundet auf den meisten anderen Werken im Vornauer Revier keine Neigung, sich im Interesse der Kaupenhahn zu derartigen Handlungen hinreißen zu lassen. Die Förderung hat in letzter Zeit gegen früher eine gewisse Steigerung erfahren, was angesichts der trübeligen Lage auf dem Kohlenmarkt nur zu begrüßen ist.

*** Neue Lohnforderungen der Bergarbeiter im Zugau-Döhlauer und Zwicker Steinbrüchen.** In Lichtenstein tagte am Sonntag eine sehr bedeutende Versammlung von Bergarbeiterinnen und Bergarbeitern des Zugau-Döhlauer und Zwicker Steinbrüchen, die sich mit den neuen Lohnforderungen der Bergarbeiter beschäftigte, die bekanntlich am 1. September der alte Lohntarif gekündigt worden ist. Nach langerer Ausdrache gelangte einstimmig ein neuer Lohntarif, der am 1. Oktober in Kraft treten soll, zur Annahme. Danach soll der bisherige Schichtlohn ausschließlich Teuerungszulage bei Arbeitern im Alter von 18–20 Jahren von 6.80 bis 12.70 M. auf 7.00 bis 26 M. erhöht werden. Der volle Schichtlohn würde demnach ab 1. Oktober bei Arbeitern von 18 Jahren 10.50 M. betragen, der für je nach dem Alter bis auf 22.40 steigt. Ferner wurde gefordert, dass bei Durchschnittsförderung die Bedingungswerte 20 Proz. für Bergarbeiter und 30 Proz. für Grubenarbeiter betragen. Den Bergarbeiterinnen ist der Lohn der Grubenarbeiter zu zahlen und die Kindergesalze um 50 Proz. zu erhöhen. Ferner soll der Unterschied zwischen ledigen und verheirateten Arbeitern aufgehoben werden. Die Forderungen wurden dem Bergbaudirektor in Böhlen überreicht.

*** Warnung vor ausländischen Unternehmern.** Die Südostasiatische Siedlungsgesellschaft in Leipzig, London und Amsterdam, die in Berlin W. S. Kaufmannstrasse 22 ein zentrales continentales Büro (Generaldirektor Max Riedfeld) unterhält, bietet Kanal-Pläne

logen in Südwelt-Ureis zum Kauf an. Bis in den Werbemitteln enthaltenen Angaben über Bauanlagenleuten in Südwelt-Ureis und die Rentabilitätsberechnungen entsprechen den tatsächlichen Verdämmen nicht und sind diese geeignet, Bankenfunktionäre zu täuschen und ihnen erhebliche Verluste zu bringen. Vor einer Beteiligung an dem Unternehmen darf gewarnt werden. — Von deutscher Seite wird in Deutschland Propaganda gemacht für die Auswanderung nach Brasilien. Es mag darauf hingewiesen sein, daß in Brasilien die Deutschen im wesentlichen als Kulturbildner gebraucht werden, die zur Revolution der großen Städte gelände dort ihre Klonerarbeiten verrichten und dabei auszugehen zu Gunsten des Nachfolgenden, die meistens nicht deutlicher Abschaffung sind.

— In Zeitungsanzeigen wird mit großer Flamme der Bezug der Tendenz „Auswanderung nach Süd.“ Mit e. und Nordamerika, Afrika, Asien und Australien“ zum Preis von R. 4.50 ausgepreisen. Die Schrift enthält auf 10 Seiten Traktat eine Zusammenstellung von Kurztagen, die meist aus Zeitungen und sonstigen Veröffentlichungen entnommen sind und enthebt für eine lachsmäßige Aufführung für die Auswanderung jeglicher Bedeutung. Der geforderte Preis steht in keinem Verhältnis zu der Wertlosigkeit des Buches.

* Poppin. Man schreibt uns: Zur Veröffentlichung des Herrn Gutsbesitzers und Gemeindeverordneten Kluge in Poppin in Nr. 218 Ihres Blattes hat die Schulleitung Mergenbach folgendes zu erklären: „Selbst für den Fall, daß tatsächlich der Ausbruch gefallen — was ja bestritten ist. In der Kirche werden wir doch nur vergisst!“ hatte Herr Kluge noch lange kein Recht, weder als Gemeindevertreter noch als Besitzer einer Bauernwirtschaft, ein bestehendes Vertrauensverhältnis zwischen Vater und Kindern nur auf mühsamen Gedanke hin auf diese große und taktlose Art wie geschaffen zu verleihen und zu verstehen. Ein Verhältnis über den Religionsunterricht hat nach Aussage der Kinder tatsächlich stattgefunden. Dieser Vertrag muß seitens der Schule aufs schärfste verurteilt und zurücksieben werden.“

* Großenhain. Auf einem Kartoffelfeld in Flußgävern wurde kürzlich ein halbes ausgeschlachtetes Kind, gegen 4 bis 5 J. Fleisch, aufgefunden. Das Fleisch war jedoch nicht mehr genießbar. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß das ausgesuchte Fleisch von einer kürzlich dem Gastrivier in Steinbach von der Weibe geholtenen Kuh stammt. — In der Nacht zum Sonntag brannte in den abgelegten Großhöfen die dem Gutsbesitzer Geige gehörige Scheune bis auf die Umfassungsmauern nieder. Vermisst wurden sämtliche Unterstände und mehrere landwirtschaftliche Maschinen. Der Schaden ist beträchtlich, aber durch Verkürzung gedeckt. Es wird Brandstiftung vermutet. Auch der Nachthub des Stallgebäudes ist durch das Feuer in Mitleidenschaft gezogen worden.

* Döschau. Zu dem Zusammenstoß zwischen Flussschülern und Felsdibben ist mitzuteilen, daß der schwerverletzte Arbeiter Starke im Krankenhaus verstorben ist.

* Rothenburg. Die Stadtverordneten schließen mit acht gegen sieben Stimmen die Bildung einer Einwohnerwehr ab.

* Dresden. Die Befestigung der Kriegs- und Fürstensäbber aus den Schulen soll von der Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie in einer der nächsten Stadtverordnetensitzungen beantragt werden.

* Dresden. Für 4000 Mark Belarwaten haben Siehe bei einem Einbruch aus einem Gefäß in der Klingstraße gestohlen. Bemerkt wurden bei einem weiteren Einbruch in ein Schuhwarengeschäft in der Baugasse Straße Waren im Gesamtwert von 1200 M. entwendet.

* Pirna. Ein schwerer Unglücksfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich in der Kästnerischen Fabrik. Der dort in der chemischen Abteilung beschäftigte Arbeiter Eitel war mit dem Steinen einer Maschine beschäftigt, als diese von einem anderen Arbeiter unbekannter Weise in Bewegung gesetzt wurde. Dem ungünstlichen Titel wurde der rechte Unterarm abgerissen und die Schädeldecke eingedrückt. Der Vater, der in dem gleichen Raum beschäftigt war, konnte nur den Sohn sterben.

* Bautzen. Der derzeitige Bezirkschulinspektor von Bautzen Oberschulrat Bach, der am 1. Oktober in den Ruhestand treten wollte, ist vom Kultusministerium zurückberufen worden, noch weiter in seinem Amt zu verbleiben. Gegen die Auflösung haben die Sozialdemokraten des Sächsischen Reichstagswahlkreises Protest erhoben und dem Kultusministerium einen Nachholer vorgezeichnet.

* Chemnitz. Am Freitag vormittag wurde ein junges Mädchen, das im Auftrag seines Arbeitgebers bei einem bissigen Bauschneide einen Schlag von über 3000 Mark eingeholt hatte, von einem jungen Mann im Rathausdurchgang überfallen und beraubt. Das Mädchen mußte nach dem häßlichen Raubende gebracht werden.

* Chemnitz. Die blutigen Vorfälle in Chemnitz vom 8. August beginnen jetzt die freien Gerichte zu beschäftigen. Wegen Beteiligung am Auftritt wurde der bei den Banküberwerken mit einem Bogenwender von 140 Mark beschäftigte Bohrer Karl Frieder Wilhelm Braune in Chemnitz, der Anhänger der kommunistischen Partei ist, zu neuen Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Arbeiter Kurt Johannes Schaps aus Ebersdorf bei Chemnitz schrieb in der Gefangenanstalt an der Hohen Straße, nachdem von

den Kommunisten die Gefangen betreut worden waren, die Namen der Gefangenen auf, wozu er von irgend einer Stelle, die er nicht nannte, den Auftrag erhalten habe. Wegen schweren Haftstrafenbruchs wurde er zu 10 Wochen Gefängnis verurteilt.

* Freiberg. Durch Großfeuer wurden am Sonntag nachmittag im Weizen der Porzellanfabrik Freiberg, Zweigwerk der Porzellanfabrik Kahla in Zwickau, umfangreiche Staplungen von Holz, sowie Teilestände von Stroh vollständig vernichtet. Infolge Wassermangel waren die Löscharbeiten außerordentlich erschwert. Der Schaden ist beträchtlich. Über die Entschädigungsurkunde verlautet nichts bestimmtes.

* Meerane. Kurz nach Beginn der ersten Vorlesung der zurzeit hier gärtnernden Dreitieren-Gartentechnik-Klasse, die an hängender Stange arbeitende Kommission vor der Höhe der Bühne auf die verlor und wurde bewußtlos und mit aufwühlend inneren Verlebungen fortgetragen. Der Unfall ist auf einen Bruch der Stange zurückzuführen. — Ein wahres Hamsterfest ist von der kleinen Kriminalpolizei ausgeboden worden. Außer mehreren Rentnern Neppel und Birnen, die die Liebe auf ihren nächsten Nachbarn erdenkt hatten, wurde eine beträchtliche Menge Getreide, ferner eine große Anzahl von Militäroffizieren, sowie Waffe, Seide und Stoffe im Gesamtwert von 2000 M. gefunden.

* Stollberg. In Ausübung seines Berufes starb der Bergbauschornsteinfegermeister Mann aus dem benachbarten Hohenstein ab und starb an den Verlebungen.

* Oberlungwitz. Infolge Turbineneffekts des bissigen Elektrizitätswerkes sind die Industriearbeiter von Limbach und Burgstädt in der Zeit vom 15.—20. d. Monats überwiegend zum Feiern gezwungen. Verschiedene größere Betriebe lassen nichts arbeiten, um keine Heizschläden einzutreten zu lassen.

* Plauen i. B. Der beim bissigen Polizeiamt befindenden Überwachungskommission des Schlechthandels die Ausübung der Geheimabstimmung von drei Kindern u. a. m. gelungen. Außerdem wurden 8 lb. Butter und 24 Bfd. Brot, die marktfrei in Böd. Elster verkauft werden sollten, beschlagnahmt. — Die bissige Polizei verbietet die Wiedergabe des sogenannten Ausklärungsfilm „Anders als die andern“ § 175“.

* Leipzig. Ueber die Verhörmung der Ortschaften Oelschn. Gaußberg und Marktzeberg zu einem Gemeinweisen sond am Sonntag nach dem Modus der politischen Wahlen die Abstimmung statt. In Oelschn. erschienen nur etwa 50 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung, in Gaußberg gar nur 25 Prozent, während man in Marktzeberg die Wähler einzeln zählen konnte. Die Zweidrittelmehrheit, die eine einheitliche Gemeinde zustande gebracht hätte, wird nicht erreicht, so daß es in den Ortschaften im Verwaltungsbereich vorläufig beim alten bleibt.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 16. September 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

* Berlin. Der Reichswirtschaftsminister sagt in einem Artikel, in dem er seine Stellung zur Frage des Abbaus der Zwangsarbeit darlegt: „Gebe man die Bewirtschaftung frei, so wie es, wenn auch nicht allgemein, in Agrarkreisen gefordert wird, so würden sich bald Zustände herausstellen, über deren Wirkung diejenigen, die die Befreiung erheben, lebhaft überrascht wären. Die deutsche Volkswirtschaft wird in absehbarer Zeit noch eine Mischung von freier Wirtschaft und Zwangsarbeit ertragen müssen. Auf dem Lebensmittelmarkt kann gegenwärtig ein weiterer Abbau in den wichtigen Nahrungsmitteln nicht erfolgen; ein jeder Versuch, dies zu erreichen, muß notwendig zur Folge haben, daß wir in schweren politischen Differenzen kommen, die zu vermeiden in aller Interesse liegt. Gegen diejenigen, die aus gewinnstüchtiger Absicht das Brotgetreide nicht ablehnen wollen, muß mit aller Schärfe vorgegangen werden; das Gleiche gilt von der Bewirtschaftung von Vieh und Kartoffeln. — Das offizielle Parteidorgan des Zentrums, die Zentrumsparlamentskorrespondenz, nimmt Stellung zur Frage der Regierungsbildung, anknüpfend an die Ankündigung Scheidemanns in Kassel, daß eine Regierung ohne die Sozialdemokratie heute undenkbar sei. Aus der Stellungnahme des Zentrumsorgans geht, wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt, hervor, daß es im Zentrum viele Kreise gibt, die einem Bledereintritt der Demokratie in die Regierung sehr geneigt sind. Offenbar seien nach dieser Richtung heute starke treibende Kräfte tätig. Ob diese einen Erfolg haben werden, hänge von Umständen ab, über die heute noch nicht entschieden sei. — Der schwere Kommandeur des sächsischen Inf.-Regts. 177, Generalleutnant Glanck, machte seinem Leben freiwillig ein Ende, da er die Schwachheit seines Vaterlandes nicht länger ertragen könne.

* Die Anklahungen gegen Oberst Kleinhardt.

* Berlin. Die Angelegenheit des Oberst Kleinhardt, die durch die Ausführungen Scheidemanns in Kassel und des Reichsministers Post in Dresden, erhöhte Bedeutung erhalten hat, ist zum Gegenstand amtlicher Ermittlungen gemacht worden, die folgendes Ergebnis hatten: 1. Oberst Kleinhardt hat bei der Truppe keine monarchistische Propa-

ganda vertrieben. Die Wachen Neudorf hat, die angeblichen Neuerungen des Obersten Kleinhardt hat nach dem und Unfall unmaut. Besonders hat keiner niemand durch öffentliche Reden das Leben derjenigen Regierung beruhigen versucht. Ähnlich wird ferner mitgeteilt, daß die Angaben Neudorf durch vorlängig behauptet werden müssen, da die mehrere Vorstrafen erboten hat, u. a. wegen Urkundensicherung. Haftstrafenbruch ist. Neudorf sei es anscheinend gelungen, mit gefälschten Militärapieren wieder in der Truppe zu erscheinen. Wie und ob er zum Offizierstukkretter befördert worden ist, konnte bisher noch nicht festgestellt werden.

* Demgegenüber macht Offizierstukkretter Neudorf in der getragten Verhandlung des republikanischen Kabinett in Berlin unter seinem Ehrenwort die Mitteilung, daß er den ganzen Krieg an der Front mitgemacht habe und noch niemals vorbestraft sei. Oberst Kleinhardt lädt ihm seinerseits selbst in seinen Wach den Begriff „Führung“ sehr gut eingeschrieben.

* Bürgerliche Wahlleute in Braunschweig.

* Braunschweig. Bei den in einer Reihe von höheren Braunschweiger Landgemeinden bestehenden Magistratswahl ist ein harter Rückgang sozialdemokratischer Stimmen zu verzeichnen. Die Unabhängigen und die Wehrheitssozialisten sind, von einigen kleinen Zeilergemeinden abgesehen, den Bürgerlichen im allgemeinen unterlegen.

* Die Verlegung des Streitfelds in Wiesbaden.

* Versailles. Zu dem vorgebrachten bedeuten außerordentlichen Sozialkongress ist nachzufragen, daß nach „Humanitas“ eine Tagessordnung Gründungs-Palast angenommen wurde, in der protestiert wird gegen die Verlegung des Streitfelds der elz-Wörthringischen Arbeiter in Wiesbaden und beim letzten Eisenbahnerkreis in Wörthringen.

* Brüssel. Brüssel zurück zum Streitfeld.

* Paris. Der „Temps“ meldet, daß der rumänische Gesandte in Paris ein Telegramm aus Bukarest erhalten hat, das die Mitteilung enthält, daß Brüssel zurückgetreten ist, da er den Friedensvertrag mit Österreich nicht unterschreiben könne, weil er der Ansicht sei, daß die verschiedenen Bestimmungen in dem Vertrage einen Eingriff in die Unabhängigkeit Rumäniens bedeuten.

* Rumänien. Bucovina zurück.

* Lugano. Botoglio erließ einen Aufruf, worin er die in Lugano befindlichen italienischen Soldaten auffordert, innerhalb von 5 Tagen zu ihren Truppenkörpern zurückzukehren, wobei ebenfalls sie als Desertiere angesehen würden. Zahlreiche Soldaten der Brigade der Adria leisteten dem Befehl sofort Folge. Die amerikanischen Truppen haben Lugano verlassen, obgleich sind die französischen Truppen zurückgeblieben. Die italienische Regierung hat die Veröffentlichung aller Kaschirien über Lugano verboten. Die bereits ausgehobene Siedlungsszurück wurde deshalb wieder eingeführt. Der „Corriere della Sera“ stellt fest, daß die Niede des Ministerpräsidenten Ritti keineswegs die Zustimmung des Landes gefunden habe. Neben der Haltung der Verbündeten gegen die Vorstöße von Lugano liegen verschiedene Nachrichten vor, die einander widersprechen. Der „Corriere della Sera“ sagt, die Verbündeten hätten nur Aufklärung verlangt und es sei im übrigen Italien volllauf übersehen, selbst Ordnung zu suchen. Dagegen bemerkte der „Corriere d’Italia“, daß England und Frankreich Protest erhoben hätten, während Amerika sich hilflos verhalten habe.

* Streit der amerikanischen Stahlarbeiter.

* Chicago. (Reuter.) Die Verbündeten haben den Streit endgültig auf den 22. September festgesetzt.

Kleine Nachrichten.

* Amsterdam. Der New Yorker Korrespondent der „Daily Mail“ meldet, daß bei den nächsten amerikanischen Präsidentschaftswahlen die Republikaner den Generalmajor Wood als Kandidaten ausspielen werden. — Pressebüro Radio meldet aus Kapstadt, daß der südafrikanische Senat den Friedensvertrag mit Südafrika mit 50 gegen 5 Stimmen ratifiziert hat. — Reuter meldet aus Marseille, daß der Vertreter der streitenden Arbeiter die Vorschläge der Unternehmer, die sie bisher zurückgewiesen hatten, jetzt angenommen haben.

Vermischtes.

* Gebäude eingeschossen. In Lippnow (Kreis Deutsch-Srone) wurden durch Großfeuer 26 Gebäude eingeschossen. Mehrere Personen sind in den Flammen umgekommen.

* Eine Blutentnahm zur Feststellung des Fleischgenusses machte ein Schwindler, der in der Kriminalität wohl noch keinen Vorgänger hat. Es handelt sich um einen Mann von etwa dreißig Jahren, der sich Gerichtsschreiber Hagen nennt und für einen Beauftragten des Berliner Polizeipräsidiums ausgibt. Einer jungen Frau in Berlin-Schöneberg weigerte er zunächst vor, daß er ihre Wohnung nach Fleisch durchsuchen müsse. Nachdem dieses geschehen war, erklärte er, daß er von jedem Familienmitgliede Blutproben einem Gerichtsschreiber übergeben, der durch eine Untersuchung feststellen solle, ob mehr Fleisch genossen werde, als jedem gesetzlich zusteht. Die Frau erklärte sich aus bereit, aus dem Arme eine Blutprobe entnehmen zu lassen. Der „Doktor“ aber versicherte, daß die Probe vielmehr aus dem Oberschenkel genommen werden müsse. Auch das

**Vorteilhaftes Angebot in
Jackenkleidern**
marine, schwarzen und farbig gemusterten Stoffen (kein Papier)
88,00 128,00 168,00 198,00 248,00 bis 585,00 Mk.

Die alte Geige.

Kriminalroman von B. Corony.

Ein Geigenkünstler, namens Giovanni Negroni, erregte um diese Zeit großes Aufsehen im Ausland. Erst war er in London als neu erglänzendes Geigen am Kunstmuseum begrüßt worden und zog dann auf einen Konzertreise durch die Vereinigten Staaten die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Von dem Impresario Marconi, der seine ersten Schritte in die große Öffentlichkeit setzte, hatte er sich jetzt getrennt, da ihm der Erfolg überwältig war. Negroni wollte, so hieß es, ganz frei und ungebunden sein, und so blieb er in seiner Stadt länger als einige Tage. Etwas von der Romantik natur der Geigenne schien ihm eigen. Er hatte nirgends Ruhe. Er verdiente viel Geld, aber es floss ihm durch die Hände wie Wasser. An Sparen und Zurücklegen dachte er nicht.

Schon seine läbliche Erziehung, das schmale, etwas schwerfällige Gesicht mit den großen, schwieligen Augen, mit den dunklen Wimpern, die tief in die hohen Stirn hielten, machten ihn zu einer sehr anziehenden Persönlichkeit.

„Ein albernes, kleines, deutsches Gänsehaut!“ flüsterte man sich geringschätzend zu.

„Das ist doch keine Gefährtin für einen großen Künstler. Sie muß ihrer gewiß schon herzlich überdrüssig sein!“

Wenn Negroni auf seiner wundervollen Geige, einer echten Almati, spielte, hatte sein Vortrag etwas Hinterher-

des, überwältigendes, Wundervollen. Der Künstler verfügte über eine hoch entwickelte Technik. Das Leidenschaftliche, Lüstere seiner Vortragsweise löste unverstehbarem Zauber auf die Hörer aus. Lazu kam der Klang der Geige, die von bewundernder Gewalt, Schönheit und außerordentlichem Tonreichtum war.

Negroni bewußte sich an diesem aufregenden Leben, er ließ sich tragen von den Wellen des Verfalls, die immer höher und höher an ihn heranschlügen, und er schüttete den Becher des Lebensgenusses mit unstillbarem Durst. Seine Konzertreise hatte ihn durch ganz Europa geführt. Seine Konzerte waren überfüllt; man drängte sich an ihm herum; er wurde mit Gunstgezeigungen überhäuft.

Die junge blonde Frau und das hübsche vierjährige Mädchen, welches ganz der Mutter Ebenbild zu werden versprach, nahmen kaum noch einen Platz in seinem Herzen ein; sie waren fast Schattengehälften für ihn geworden.

Wir kamen aber auch ohne dubiose Veranlassung Stunden stiller Verstummen über ihn, in denen er sich mit seiner Geige einschloß. Dann stand die junge Frau an der Tür, sie klopfte er schlafend, dann lauter und dringender, ohne daß ihr geöffnet wurde. Kleine Mädchen kam auch herbei, schmiegte sich angstvoll an die Mutter und verbarg das kleine Mädchenchen in ihren Kleiderhälften, wie ein Vogelchen den Kopf in die Federn steckt. Sie fürchtete sich vor dem Vater, wenn er die alte Geige so schauerlich singen ließ.

In solchen Augenblicken war es auch am besten, Giovanna Regnoni ungestört im Privatgepräch mit seiner Geige zu lassen. Seine aufs höchste gefestigte Erregung mußte sich in Tönen, in unheimlichen, sprunghaft wechselnden Phantasien austoben. Frau und Kind waren dann für ihn nicht vorhanden. Die Tür blieb verschlossen, aber wenn er sie öffnete, geschrägt es nur, um die Küchenstechen den mit rauhen Worten wegzuspielen. Seine aufgeregte Gesellschaft heigerte sich von Monat zu Monat und zeigte mitunter ein fast trankontrolliertes Verträgt.

Der Arzt, den die befreite Frau heimlich zu Rate zog, indem sie vorgab, ihn ihres eigenen Gesundheitszustandes wegen besuchen zu müssen, sagte ihr:

„Meine liebe Gnädige! Ihr Herr Gemahl, der ausgesetzte, viel bewunderte Künstler, leidet offenbar an einer tiefen seelischen Verstimmung. Vielleicht mutet er auch mit diesem ruhelosen Wanderleben seinen Nerven zu viel zu. Es wäre gut, wenn Sie ihm veranlassen könnten, einige Zeit vollständig der Ruhe zu biegen. Möglicherweise drückt ihn ein geheimer Kummer, so ironisch seine Künstlerlaufbahn auch ist. Herzliche Mittel bleibet bei derartigen Verstimmungen, deren Ursprung in einem seelischen Leid zu suchen ist, meistens wirkungslos. Das tut rückhaltlose Ausdrucks Wunder und vertriebt alle Sorgen. Bewegen Sie ihn, Ihnen in einer traurlichen Stunde sein Herz zu öffnen; dann werden die Wolken bald verschwinden und Ihren Geheimniß nicht länger trüben.“
Fortsetzung folgt.

**Kaufhaus
Germer**
Inh.: P. Asbeck
Briesn., Wettinerstr. 33.

hat mit der Frau gesprochen, weil „Möller Roppe“ unter allen Hochzeiten herausbekommen zu müssen erschien. Der jedoch freudhaft veranlagte Schwedler fand keine Wörter nicht ermittelbar zu machen.

Quer.
Trotzen und Quer. Der am Sonntag in Großenhain auf dem Sportplatz im Stadtteil veranstaltete Quer- und Kreisring vereinigte eine größere Anzahl gut vorbereiteter Leichtathleten. Das Wichtigste lag auch in den Ergebnissen. So wurde erreicht im Weitsprung mit Weit 6,40 m., ohne Weit 5,65 m., Angelhaken (S. 29) 18,15 m., 60 m.-Ranf 7,50 m., 100 m.-Ranf 12 Sek., 400 m.-Sprintlauf 49 Sek., 800 m.-Ranf 2,10 m. bestehend. Distanzlauf 11,20 m., Crosswettkampf 50,50 m. Besondere Aufmerksamkeit erweckte der 2000 m.-Ranf. 14 Teilnehmer traten an, jedoch schwierige Bedingungen. Die Bahn war auf den Parkwegen eine Stunde lang auszurichten. Die leicht Bahn ließ noch 6 Minuten zurück und noch 8 Minuten Lauf ging mit 8 Min. 58 Sek. Distanz 2000 m. (K. Riesa) als Erster durchs Ziel. Hauptlauf und Jubelball folgten den Wettkämpfen als Spiele.

Über einem Hinweis um die Welt. Wie die „Terrorgruppe“ Union überflüssig erklärt, beschäftigt der Leichtathleten Weltmeister Böhmen einen Tag um die Welt mit einem neuen absturzfördernden Flugzeug zu machen. Bei dem Weltflug soll das Flugzeug auf der Erde handeln von zwei eigens konstruierten Motorfahrzeugen von bedeutender Geschwindigkeit und geringem Gewicht begleitet sein. Diese Nachricht ist gerichtet, in der ganzen Welt Aufsehen zu erregen und neue Wege in der Konstruktion der Motorfahrzeuge der Luft und Erde zu weisen.

Wissige Draufur!

Wir bringen ein im Geschmack und Aroma bedeutend verehrtes Fabrikat, Mischware in den Handel, welches nach einem zum Patent angemeldeten, verbesserten Verfahren hergestellt ist. Dasselbe ist trotz der mit der Zubereitung der Rohstoffe verbundenen hohen Kosten zu folgenden, unter heutigen Verhältnissen niedrigen Preisen erhältlich!

Tschog
Zigaretten
zu 8 Pf. d. St.

Orientalische Tabak- und Zigarettenfabrik
Genieße: Inh. Hugo Jürg. Dresden.
Tschog-Zigaretten sind zu haben bei:
Paul Starke, Riesa.

5 Centner Kartoffeln
erhält derjenige, der mir die Sieße, die von meinem Gelde im Kesselgrund Kartoffeln stehlen, so namhaft macht, daß gerichtliche Verstrafung erfolgen kann.

Hans Kaul,
Röderau.

Berloren Schließfächenschlüssel
mit Schlüsselanhänger. Finder wird gebeten, selbigen gegen Vergütung! Loh. Riesa abzugeben.

Vorloren
gestern nachmittag in Riesa, Haupt- od. Bettinerstr.

braune Brieftasche
mit großem Geldbeutel, Adresskarte und Gewerbeschluß. Rückgabe gegen gute Belohnung erbeten. Neuweide, Hauptstr. 35, p. L.

Möbl. Zimmer
für 1. Oktober gefucht. Offeren unter C U 2558 an das Tageblatt Riesa.

Möbl. Wohn- u. Schlaf-
zimmer ist oder 1. Ott. an anst. Herren od. Fräulein & verm. Offeren unter E U 2555 an das Tageblatt Riesa.

Geld von 300 bis 30000. J. Mand, Hamburg 5.

1500 Mark
zu leihen gefucht. Offeren unter D U 2554 an das Tageblatt Riesa.

Aufwartung
oder Dienstmädchen sucht
Frau Opel,
Bettinerstraße 2.

Eine tüchtige
Hausmädchen
am 1. Ott. bei gutem Lohn
gesucht. Max Langenberg,
Neustadt 54.

Ziegeldecker

sucht Bäckerei, Beuthain.

Schuljunge
zu Holzwaren gesucht.

Fritz Balke,
Keller-Franz-Joseph-Str. 9.

200. Stelle,
hohe Proz., evtl. Gehalt,
auch Anfänger. Weiblich p.
9-11 vorm. Bäck. Str. 8, 18.

Donnerstag, den 18. Sept.,
habe ich wieder einen frischen
Transport hochtragende und
neuemalene Oldenburger
Weitermarke.

Ruhe
u. Malben, auch edle Buch-
bullen, zum Verkauf.

Georg Otto,
Ottens Str. Ferndorf 178.

1 überdoliges

Arbeitspferd

zu verkaufen

Riesa, Weihner Str. 8.

Polyphon

mit 16 Blättern zu verkaufen

Kaiser-Str. Joseph-Str. 18.

4 ediger Tisch

zu verkaufen.

zu erst. im Tageblatt Riesa.

2 Gipspannen-Rädertwagen

und 1 Tafelwagen

zu verkaufen

Röderau, Albertstr. 7.

Guterhalten. Rädertwagen

mit Friedens-Gummiberei-

fung zu verkaufen

Gröba, Mühlweg 4.

Handwagen

u. aufgeschnittenes Rahmen

(Holländer) preiswert zu ver-

kaufen Poppitz 8 b.

1 elerner Ofen,

1 weicher Nachosten,

1 Sommermaschine

find zu verkaufen

Goethestr. 53.

2 weiße Sillblüten

zu verk. Elbstr. 8, 8, 1.

1 Damen-Wintermantel,

Größe 40, zu verkaufen.

Wo liegt das Tageblatt Riesa.

Ein paar neue

Reitstiefel,

Größe 30,8, und 20 Stief-

unterhaltene Seinen-Stie-

meilegetragen, Größe 41,

zu verkaufen

Bismarckstr. 61, St. v. r.

Ein paar halbe

Schnürschuhe,

Größe 42, wenig getragen,

zu verkaufen.

zu erst. im Tageblatt Riesa.

1 Paar Vorlaß-Reitstiefel

zu verkaufen Goethestr. 16, v. r.

Tasche einer Fuhr-

Ziegendünger

gegen Stroh.

Gröba, Mühlweg 4.

Graukalk

Mittwoch vormittag abhol-

sowie ab Lager empfohlen

G. Heinz, Langenberg.

Weißfalf

frisch eingetroffen, empfohlen

H. Kern, Elbstr. 2.

Rainit, Weißtall

heis am Lager.

Gustav Möbelsch.,

Glaubitz.

Die Wechseljahre

der Frau sind die ernstesten,

Auskunft unter Leben und

Gesundheit 7 Berlin SW. 18

vorklagernd.

Spülapparate

Spülkannen-Schläuche, Unter-

lagen, Waschlappenbinden, Leib-

binden, Monatsquerte u. alle

arten Gummiwaren.

Anfrage erbeten. Damen-

bedien, durch meine Frau.

H. Gentzger, Dresden, am

See 27, nahe Hauptbahnhof.

Gummibänder

zu kaufen für Kleider-

und Haushalt.

Verl. Siehe sofort. Preisliste

für alle Sorten. H. M. Richter,

Dresden, Reichstr. 47.

Freihaar zu 20 M.

sucht Arno Schreiber

Goethestr. 23 mit. d. Schule.

Sensationelle Entdeckungen.

Preis 20,- 1.50 Randschule.

1. 1. 20 Voreinsendung d.

Thes. Riesa, Dresden-N.

Brudstr. 12.

Wiederentdeckte Steine

mit feindlichen Kriegs-

gefeierten getrieben haben.

Sensationelle Entdeckungen.

Preis 20,- 1.50 Randschule.

1. 1. 20 Voreinsendung d.

Thes. Riesa, Dresden-N.

Brudstr. 12.

Tanz - Unterricht

Gasthof Radewitz.

Mein Tanz-Kursus im

Gasthof Radewitz beginnt

abends 8 Uhr.

Wer Anmeldung bei Herrn

Gastwirt Bielefeld.

Hochachtungsvoll

Gesner u. Tochter.

Rollenholz

ant ausgetrocknet, empfiehlt

und liefert bis vors Haus

Hermann Klemm,

Göhr. 2. Telefon 337.

Wagen

Centnerlörbe

Kartoffelfeldlörbe

Ereutlörbe, Traublörbe

Meißelkörbe empfiehlt billig

Joh. Rudolph, Schulstr. 4.

Feine

Musikinstrumente

Harmonium, Violinen,

Bauten, Mandolinen, Gitar-

ren, Sitaren, Akkordeon,

Mundharmonika, Sprech-

apparate, Sprechpfeife, auto-

tal, umfangreich, Fabrikat.

Hor. Horn, Zwischen St.

Weiche rote

Gummiringe

vorzügliche Qualität

bei A. Kuntzsch, Hauptstr. 60.

Groß Krauthobel

zu verleihen, Stunde 30 Pf.

Nektarbirnen, Bid. 50 Pf.

Wilhelm Herbst,

Hauptstraße 18.